

Breslauer



Beitung.

N° 260.

Donnerstag den 19. September

1850.

Die Breslauer Zeitung

beginnt mit dem 1. Oktober ein neues vierteljährliches Abonnement. Wir laden hierzu ein und bitten, die auswärtigen Bestellungen bei der nächsten Postanstalt so zeitig zu veranlassen, daß dieselben vor dem 1. Oktober bei dem hiesigen Ober-Post-Amt eingegangen sind. Die Breslauer Zeitung erscheint täglich und ist der vierteljährliche Abonnementspreis nach wie vor auswärts im ganzen preußischen Staate 1 Thaler 24½ Sgr. inklusive Porto.

Breslau, im September 1850.

Telegraphische Korrespondenz für politische Nachrichten und Fonds-Course.

Paris, 16. September. Nach einer heutigen Erklärung des „Siecle“ ist die Versöhnung der beiden Bourbons-Linien aufgeschoben.

3% 58, 05, 5% 93, 55.

Hamburg, 17. September. Köln-Minden 97%, nominell. Nordbahn 39½%.

Weizen stille. Roggen p. Herbst einzelne Fragen. Del. p. Oktober 23%, p. Mai 22½ Thlr. Kaffee 4½% 4, 5000 Sacch gemacht. Zink stille.

Stettin, 17. September. Roggen 33½% 35, p. Herbst 33½%, p. Frühjahr 37½% Br. Rübel loco p. Herbst 12½% bezahlt und Thlr. p. Winter 12½% bezahlt. Spiritus 24, p. Frühjahr 22½ Br.

Frankfurt a. M., 17. September. Nordbahn 41%.

Karlsruhe, 16. September. Die Volkskammer beantragt unverzügliche Auszahlung der den Herzogthümern Schleswig-Holstein schuldigen Gelder.

Turin, 14. September. Pinellis Abreise soll wegen einigen Vorschlägen Antonellis noch verschoben werden sein.

Florenz, 14. September. Gestern fanden die letzten Munizipalwahlen statt. Veröffentlichung mehrerer organischer Gesetze wird erwartet.

Palermo, 1. September. Laut „Comune italiano“ befürchtet die Regierung, die hier stationirten Truppen wären nicht genügend, eine Insurrektion zu bekämpfen und soll deshalb außer den Mauern sie lagern lassen, um jede Kommunikation der Stadt mit den übrigen Theilen der Insel abzusperren.

Überblick.

Breslau, 18. September. In Berlin hat die Politik Gerlen. Neues ist von daher noch nichts zu melden, ausgenommen, daß am 17. September ein Ministerrath stattfand. In Betracht der kurhessischen Angelegenheiten wird in der Ressidenz viel kombiniert und räsonniert, das ist aber auch Alles.

Am 15. September fand zu Kassel die Verfassungsfeier in sehr würdiger Weise statt. Bei der Parade schätzte der Militär-Oberbefehlshaber Bauer. — Das General-Auditorium hat den Antrag des landständischen Ausschusses auf Verhaftung des Generals Bauer als unbegründet zurückgewiesen. — Von der Wirklichkeit des Ministeriums zu Bockenheim erfährt man noch nichts, auch will es gar nicht recht zusammenkommen. General Bauer weigert sich nach Bockenheim zu gehen, weil er krank ist; der Referent im Kriegsministerium, Major Wachs, weigert sich nach Bockenheim zu gehen, weil er krank ist, ja man weiß selbst noch nicht, ob die Minister Baumhauß, Haynau und Hassenpflug dort sind. Letzterer soll sich in Frankfurt aufstellen. — Das Gelb, welches die Regierung noch besitzt, wird lediglich für das Heer verwendet, es reicht kaum hin, um den Sold noch auf 14 Tage zu decken. In Frankfurt wird der Kurfürst auch nicht viel freiliches erfahren, vornehmlich dürfte Hassenpflug bei dem öster. Bundesstaate nicht freudlich aufgenommen werden, denn er ist ihm in der ganzen Sache zu ungeschickt und rost verschafft. Auch hat das ruhige, gesetzliche Verschaffen des ganzen Landes die Herren Großdeutschen so überrascht, daß sie einigermaßen in Verlegenheit darüber sind, was sie jetzt thun sollen. — Nach der „Ober-Post-Amts-Zeitung“ sollen die preußischen Truppen in ihren bisherigen kurhessischen Kantoneuren bleiben, da der Kriegszustand aufgehoben ist.

Die bayerische Regierung soll das Ansuchen Hassenpflugs um Truppenabfuhr aus formellen Gründen abgewiesen haben. Sie wollte nur Truppen holen, wenn der Bundesrat solches anordne. Ein ähnlicher Bescheid soll auch vom König von Hannover erfolgt sein.

Während der König von Sachsen am 16. September in Bayern angelangt ist, hat der Kaiser von Österreich am 15. dem kranken Prinzen Albert von Sachsen einen Besuch zu Pillnitz bei Dresden abgestattet. Er ist ebenso rasch wieder nach Böhmen zurückgekehrt.

Die Kammern zu Darmstadt wollen keine Antwort-Urtheile erlassen; in der That war auch die Eröffnungrede so nichts sagend, daß sich füglich darauf nicht viel antworten läßt.

Der Großherzog von Oldenburg wird mit dem Prinzen Peter von Oldenburg in Rehme zusammen kommen, wahrscheinlich um über die dänische Erbfolge zu konferieren.

Zu Schwerin ist eine großherzogliche Verordnung publicirt, welche gemäß dem bekannten schiedsrichterlichen Urteil die Verfassung vom 10. Oktober 1849 und die damalige Verordnung die Aufhebung der früheren landständischen Verfassung wieder aufhebt.

Die Abgeordnetenkammer zu Karlsruhe beantragt unverzügliche Auszahlung der den Herzogthümern schuldigen Entschädigungsgelder.

In Schleswig-Holstein erwartet man eine entscheidende Schlacht.

Die feindliche Position ist nun vollständig bekannt. Eine Beschreibung derselben findet man unter dem Artikel „Kreisburg.“

Die gehoffte Einigung der beiden bourbonischen Parteien ist nicht erfolgt. Desto allgemeiner ist der Unwill gegen das Verhalten der Anhänger des gegenwärtigen Präsidenten von Frankreich.

Breslau, 18. September.

So lange die Revision der preußischen Verfassung noch schwerte, sind wir nicht müde geworden, die Feststellung sicherer und unzweideutiger Bürgschaften der konstitutionellen Rechte zu fordern. Die ministerielle Presse schalt uns damals Doktrinärs und die Kammern zeigten sich wenig geneigt, unsere wiederholten Mahnungen zu berücksichtigen. Da, zuweilen schien es uns, als würde die Revision ausschließlich im Interesse der Geweiterung und Sicherstellung der Regierungsbefugnisse vorgenommen und als stände dem so umfassenden Vertrauen in die Loyalität der gegenwärtigen, wie aller künftigen preußischen Minister, ein eben so starkes Misstrauen in die Redlichkeit und Einsicht preußischer Kammern zur Seite.

Wir haben damals selbst kaum geglaubt, daß wir schon so bald in die Lage kommen würden, die praktische Bedeutung unserer damals als unfruchtbare Doktrinen und theoretische Spätfindigkeiten verschiedenen konstitutionellen Grundsätze so schlagend darzthun zu können, wie wir heute es schon vermögen.

Die Kreis in Hessen-Kassel hat aber den Beweis geliefert, daß keine unserer damaligen Forderungen ein unfruchtbare Theorem, daß vielmehr jede derselben nur eine unerlässliche Voraussetzung der sicheren Verwirklichung des konstitutionellen Prinzipes war.

Auch bei dem größten Theile unserer damaligen politischen Gegner dürfen wir wohl eine von den unsreigen nicht allzu verschiedenen Beurteilungen der kurhessischen Angelegenheit voraussehen. Nur wenige von ihnen dürften sich auf die Seite Hassenpflugs stellen, und die Niederlage der dortigen Verfassungspartei, das ist des kurhessischen Volkes, wünschen wollen. Die meisten zollen dem verfassungsmäßigen Widerstande der Bevölkerung und den Behörden eine, wenn auch nicht gleich warme, so doch eine gleich aufrichtige Anerkennung, wie wir selber.

Mögen diese jetzt wenigstens die Erfahrung beheringen, daß jener gesetzliche Widerstand des hessischen Volkes sich durchweg auf solche Verfassungsbefestigungen stützt, deren Aufnahme in die preußische Verfassungsurkunde trotz unserer Mahnungen an ihrem Widerstande gescheitert ist, daß das hessische Volk, wenn Hassenpflug sich auf die preußische Verfassung hätte berufen dürfen, nur die Wahl gehabt hätte zwischen revolutionärer Auflehnung und gebüldiger Ergebung.

Als wir für die preußischen Kammern als letztes friedliches Rechtsmittel für äußerste Fälle eingetreten, wo eins aus wenigen Menschen von teilweise sehr zweideutigem Rufe und zweifelhafter Befähigung bestehende Regierung einem ganzen Lande gegenübersteht. Wir fragen nun jeden verständigen Ropazisten: ob er in dieser schroffen Alternative mit gutem Gewissen dem Wahnsinn eines Hassenpflug den Sieg wünschen kann? Wie fragen: auf welcher Seite Vernunft und Recht und das wohlverstandene Interesse des Staates zu suchen sind? Kann das ein wahres Prinzip sein, welches den Sieg des Wahnsinnes und des Verbrechens als Konsequenz erheischen müßte?

Will man aber den Zweck, so durfte man auch die Mittel nicht aus den Händen geben.

In Kassel ist einer der seltenen Fälle eingetreten, wo eins aus wenigen Menschen von teilweise sehr zweideutigem Rufe und zweifelhafter Befähigung bestehende Regierung einem ganzen Lande gegenübersteht. Wir fragen nun jeden verständigen Ropazisten: ob er in dieser schroffen Alternative mit gutem Gewissen dem Wahnsinn eines Hassenpflug den Sieg wünschen kann? Wie fragen: auf welcher Seite Vernunft und Recht und das wohlverstandene Interesse des Staates zu suchen sind? Kann das ein wahres Prinzip sein, welches den Sieg des Wahnsinnes und des Verbrechens als Konsequenz erheischen müßte?

Will man aber den Zweck, so durfte man auch die Mittel nicht aus den Händen geben.

Mit dem Artikel 63 der preußischen Verfassungsurkunde konnte Hassenpflug das Land mit den Produkten seiner geschöpften, gesetzgeberischen Tätigkeit überschwemmen, ohne daß eine Macht der Welt die formelle Gültigkeit seiner Machtansprüche hätte anzweichen dürfen. Nur dadurch, daß die hessische Verfassung die Regierung auch bei dem Erlaß von Verordnungen in dringenden Fällen von einem ständigen Organe abhängig macht, wurde ihr okkupationslustiger Arm gelähmt, wurden ihre Willkürhandlungen mit einem unbestreitbaren gesetzlichen Mangel behaftet.

Mit dem Artikel 106 der preußischen Verfassung, welcher den Behörden die Prüfung gehörig publicirter Verordnungen ausdrücklich verbietet, konnte Hassenpflug selbst die schrecklichsten Rechtsverletzungen durch den Erlaß sogenannter Verordnungen begehen, ohne daß eine Verwaltungs-Behörde ihre Mitwirkung zur Vollziehung derselben verlangt, ohne daß ein Gericht die Verlebten schützen durfte. Der großartige gesetzliche Widerstand der hessischen Behörden, welchem das Misstrauen des verdeckten Verfassungsbrechens nicht zum kleinsten Weile zugutegehen ist, wäre bei einem solchen Artikel 106 dienstwidrigste Aufführung gewesen, welcher elastische Disciplinargesetze bald genug eine feste Grenze gesetzt haben würden.

Die heilige Schrift vor der Mitwirkung bei einem Verfassungsbreche, welche der hessischen Regierung fast alle Arme ihrer eignen Behörden entzogen hat, dürfte bei manchen der lehtern wohl weniger entscheidend gewirkt haben, wenn die hessische Verfassung die Verfolgung der Beamten vor den ordentlichen Gerichten verschärft oder wie der Artikel 97 der preußischen Verfassung von Bedingungen abhängt gemacht hätte, deren Erfüllung namentlich in solchen kritischen Momenten kaum mit dem Interesse des sofortigen Unschädlichmachung zu vereinigen sein dürfte.

Das Heer endlich, dessen gefürchtete Verfassungstreue Hassenpflug aus dem Lande getrieben und den Kriegszustand in eine lächerliche Komödie verwandelt hat, dieses Heer, welches bereits einmal die hessische Verfassung gereitet hat und jetzt höchstens zum zweiten Male retten wird, würde kaum eine so ehrenvolle und musterhohe Haltung zu dehnen vermögen, wenn es zu einer vereinigten Ausnahmestellung im Staate gedrängt und nicht durch Ableistung des Verfassungseides mit innigen Banden an den Staat und dessen gesetzliche Ordnung gebunden,

mit seiner Ehre für die Aufrechterhaltung der Verfassung verpflichtet wäre.

Wie fragen nun: welche Nachtheile hat dem hessischen Staate die Ausübung auch nur eines einzigen der Rechte gebracht, die uns bis jetzt immer unter dem Vorzeichen ihrer Gefährlichkeit verweigert wurden und welche Nachtheile hätten denselben treffen können, wenn jene Rechte dem hessischen Volke nicht wären verbürgt gewesen?

Auf welcher Seite nun hat die Doktrin und die abstrakte Theorie, auf welcher die praktische Erwägung und Einsicht sich befinden?

Der Rückblick auf Verfassungskreitigkeiten, welche längst beendet sind und beendet bleiben sollen, mag vielleicht unfruchtbar erscheinen unter der unbestrittenen Herrschaft der auch von uns anerkannten und geehrten Verfassung vom 25. Januar. Wir selbst halten die gegenwärtige Zeit zu neuen Verfassungsänderungen wenig geeignet. Allein die Erkenntnis einer Wahrheit ist niemals unfruchtbar und wird auch verspätet nicht ohne Wirkung bringen.

Noch ist ein guter Theil der in der Verfassung nur verzeichneten Rechte durch den Erlaß derjenigen Gesetze, auf welche die Verfassung hinweist, dauernd und fest zu begründen. Gesetze über Verantwortlichkeit der Minister, über die Bedingungen, unter denen Beamte wegen Überschreitung ihrer Amtsbeschriften vor Gericht gezeigt werden dürfen, über die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes müssen den Kammern vorgelegt, die Verordnungen über das Gerichtsverfahren, die Verfassung der Gerichte, über die Disziplin im Richterstande so wie unter den Verwaltungbeamten, über die Presse u. ihrer Genehmigung unterbreitet werden.

Möge wenigstens für diesen Theil ihrer Wirksamkeit den Kammern die Erfahrung der letzten Zeit nicht völlig verloren gehen. Mögen sie bei der Erörterung des materiellen Inhaltes der Gesetze und Verordnungen jenen Prinzipien, welche man wahrlich mit großem Unrecht als unpraktisch und doktrinär verurtheilt und ignoriert hat, eine etwas freundlichere Berücksichtigung angeleihen lassen, bei der Prüfung der Rechtsgültigkeit einseitig erlaßenes Verordnungen, die Nothwendigkeit beherigen, daß da, wo das geschriebene Gesetz eine bestimmte Grenze der Gouverneurialen Machtvollkommenheit nicht gezogen hat, wenigstens die konstitutionelle Praxis bei Seiten die unerlässliche feste Schranke aufrichten muß.

als gesonderte Körperschaften mit heterogenen Interessen über die gemeinsamen Landes-Interessen Raths pflegen.

[Hassenpflug und seine Verehrer.] Das Organ des Fürsten Schwabenberg, der „Österr. Correspondent“ spricht in einem Leitartikel seine Anerkennung für den „einzig Mann“ aus, der in Hessen-Kassel das Werk der Wiederherstellung der Monarchie unternommen, und zugleich seine Bewunderung über dieses „erhabende Schauspiel.“ Der Artikel ist so charakteristisch, daß er einen weiteren Lesekreis verdient. Wir thelen die Hauptstellen mit dem Beweise mit, daß die darin gegen Preußen und die Union gerichteten Beschuldigungen zwar nicht aus der Sache (die ist bei dergleichen Angriffen ein Nebending), wohl aber aus der Stellung des öster. Regierung-Organes erklärt werden können, sonst schwerlich das Lob der Neuheit verdienen:

In diesem Augenblick sehen wir in Hessen-Kassel ein lehrreiches Schauspiel sich vollenden. Wenn die Bedeutung des Vorwages, welcher in nichts Wenigerem besteht, als daß eine Monarchie dem Leben gegeben wird, an sich schon wert ist, daß hoffnungsvoll unsere Blicke sich auf diesen Theil deutscher Erde richten — auf diesen Theil, der zerstört und besudelt von der Revolution, wie kaum ein anderer, um endlich durch die frische Fluth einer manhaften Reaktion von dem Unfalle rein gespült werden soll — so ist das Schauspiel um so erhabender, da man gewahnen muß, daß ein einziger Mann das Wagnis unternimmt, daß ein einziger Charakter entschlossen aufgerichtet steht inmitten des Untere, der Zerrüttung und der Drohungen.“

„Wir sehen die ganze hohe Schule der Revolution dabei sich wiederholen: Erst Zungenwaherei, dann Steuerverweigerung, wodurch Kammerauflösung folgt; dann Agitation, Untreue, Verath und Auflehnung, bis das Lumpengesindel den Zungenwahern die Arbeit abnimmt. Gegen diese Mächte steht ein Mann und, so Gott will, ein treues Heer. Der Ausgang kann so wenig zweifelhaft sein, daß es eigentlich Wunder nehmen muß, die Revolution nach allen schlechten Erfahrungen noch so auf den Beinen zu sehen. Doch wir vergessen eins und wie können nicht eher schließen, bevor wir den schändlichen Tribut für die Errichtung der Revolution dahin gewiesen haben, wo er, wenn nicht ehrlich, doch reichlich verdient ist. Kassel ist von Berlin aus revolutionirt. Die offizielle Presse Preußens hat sich nicht nur begnügt, mit den Steuerverweigerern in Kassel zu liebäugeln, sondern sie hat die Revolution recht geflissentlich herausgefordert, indem sie durchblicken ließ, daß eine Intervention zu ihrer Unterdrückung von Außen auf große Schwierigkeiten stoßen würde.“

Die moralische Verantwortung für alle Gräueltaten, welche die Herstellung der Monarchie in Hessen etwa mit sich brachte, schließt wir, so viel an uns ist, auf diese offizielle Unionspresse Preußens. Die Union erhält damit ein neues Kainmal. Daß es ganz und erfolgreich aufgedrückt wird, dafür bürgt uns die eiserne Faust Hassenpflugs, um die sich die Schlange der Revolution zum Tode gepackt windet.“

„So äußert sich ein offizielles österreichisches Blatt über seine Hoffnungen und über die ersten Erfolge in den hessischen Vororten. Wir sind begierig zu erfahren, wie es sich über die weiteren Folgen der bekanntlich nicht vom preuß. Kabinett dem Herrn v. Hassenpflug ertheilten Ratschläge äußern wird.“

[Vermischte Nachrichten.] Sonntag, am 16. d. O. f. trüb kam St. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert nach Swinemünde, und begab sich sogleich an Bord der Amazon, die mit den Kliniken im Hafen liegenden Schiffen Übungsevolutionen vornahm, über welche Seine Königl. Hoheit Seine Aufsichtsdeutlichkeit auszusprechen, wie auch die gute Haltung der Seekadetten zu beloben geruhte. Seine Königl. Hoheit segelten noch denselben Abend nach Rügen. — General v. Radowits, welcher vorgestern den 15. d. M. in Familienangelegenheiten nach Erfurt vereilt ist, wird schon am 18. zurückverkehrt. — Der Petition des Grafen Döphn und Genossen wegen beschleunigter Einberufung der Kammern sind neuerdings die Abgeordneten Böking der ersten und Tellkampf der zweiten Kammer beigetreten. Der Letztere erklärt sich der Petition insofern anzuschließen, als sich darin das patriotische und lokale Streben ausspricht, dem Staate gewissenhaft nach besten Kräften zu nützen.“

— Die Befreiung, welche der Herr Minister des Innern durch den von uns früher mitgetheilten Erlaß vom 20. Juli d. J. denjenigen Kreisständen zugekommen ließ, die gegen die vorläufige Übertragung der bisherigen kreisständischen Besitzungen an die in Gemäßheit der Geseze vom 11. März d. J. gebildeten Kreiskommissionen Bewahrung einlegen zu müssen glaubten, scheint ihre Wirkung vollständig gethan zu haben. Wenigstens ist, wie wir hören, bisher keine der protestirenden kreisständischen Versammlungen der Aufforderung zur Erfüllung, ob sie auch nach jenem Erlaß bei ihrem Proteste beharrten, nachgekommen.“

— Bis zum 15. Mittags waren als an der Cholera erkrankt gemeldet 862, Zugang bis zum 16. Mittags 10, Summa 872. Davon sind genesen 250, gestorben 479, in Behandlung geblieben 143. Von den zuletzt Angemeldeten 10 sind 4 gestorben.“

Nach zuverlässigen Mittheilungen ist man hier davon unterrichtet, daß von einer Seite, die wir nicht näher zu bezeichnen brauchen, in diesem Augenblick bedeutende Geldmittel und gesonnenlose Agenten verhandelt werden, um Hessen-Kassel zu demokratischen Demonstrationen zu bringen. Namentlich geht die Absicht dieser Partei dahin, es zu bewirken, daß der ständische Ausschuss sich zu einem sogenannten provisorischen Volksziehung-Ausschuss konstituiere. Nach Briefen angeblicher Männer aus Kassel wäre indessen von derartigen Demonstrationen durch nichts zu fürchten, indem die gesetzliche H

des Ministeriums Hassenpflug zu sein scheint, die kurhessische reisende Regierung solchen Demonstrationen auszusagen, durch welche eine Intervention Begründung fände. — Heute früh fand eine Sitzung des Staats-Ministeriums statt, in welcher der Minister des Innern durch den Ministerial-Direktor Herrn v. Puttkammer vertreten wurde. — Herr v. Manteuffel, der gestern und heute in Düsseldorf sich aufhielt, wird heute Abend nach Köln reisen. — Aus unzweifelhafter Quelle wird uns versichert, daß die kal. Seehandlung keine Agentur der Maschinenbau-Institut in Moabit in St. Petersburg begründet hat oder auch nur beabsichtigte, dies zu thun. Indem wir bitten, unser geistige Nachricht hieran zu berichtigen, nennen wir die St. Petersburger Bzg. als unsere Quelle und finden es unerträglich, daß dort eine so große Unwahrheit unter der Bezugnahme auf ein bedeutendes Handlungshaus veröffentlicht werden konnte.

Man spricht heute davon, daß sich ein preußischer Prinz nach Warschau begeben werde, sobald der Kaiser mit der Kaiserin dort eintreffen wird, um sie zu begrüßen und ihnen eine formelle Einladung zu überbringen, nach Berlin zu kommen. Obwohl die Reise der Kaiserin nach Italien jetzt hier bestimmt angezeigt worden ist, hat man genauere Nachrichten über die Reise, die sie dabei einhalten werde, noch nicht erhalten, wohl aber vermutet man, daß bei dem Geführtzustande derselben der Landweg wieder vorgezogen werden. Es soll auch diesmal für den Aufenthalt wieder die Nähe von Palermo aussuchen sein. (N. Z.)

Posen. 16. September. [Verschiedenes.] Die großen Herbstübungen unserer 10. Division sind ohne Unglücksfälle vorübergegangen. Das große Bivouak, welches vom 11. bis 12. Septbr. mit der ganzen Division statthaft sollte, fiel ganz aus, und in den vorhergegangenen Tagen blieben aus Gefechtsrüstungen die Vorposten nur bis 8 Uhr Abends im Freien und zogen mit Tagessanbruch auf. Diese weise Fürsorge Seitens des Oberkommandos hat auch den günstigsten Erfolg auf die bis dahin immer steigende Krankenzahl von circa 800 Mann unter den hiesigen Truppen gehabt. Gegen Ende des vorigen Monats konnten die hiesigen Lazarette nicht mehr alle Kranken fassen, es mußte ein Hilfslazarett eingerichtet und die Rekonvaleszenten sogar nach Schwerzen und Samter geschickt werden. — Gestern wurden die zur Kriegsreserve übereitenden Mannschaften des 5. Infanterie- und des 8. Infanterie (Leib) Regiments in ihre Heimat entlassen. Mit klingendem Spiel wurden die des 5. Regiments auf Thorn, die des Leib-Regiments in 2 Abtheilungen, teils zu Fuß, teils mittels der Eisenbahn, der Markt zugeführt. — Am 1. Oktober treffen die Rekruten für beide Regimenter hier ein. — Mit dem gestrigen Frühzuge sind wieder 6 Freiwillige von hier nach Schleswig-Holstein abgegangen, welche vom hiesigen Komitee das Reisegeld bis Berlin erhalten haben. Im Ganzen sind jetzt gegen fünfzig gebiente Leute von Posen aus auf den Kriegsschauplatz geschickt worden. (Pos. Bzg.)

Deutschland.

Kassel. 15. September. [Die Verfassungs-Freier] hat heute in der angegebenen Weise stattgefunden. Um 9 Uhr versammelten sich auf dem Königspalz 15 Kompanien Schützenwehr und Bürgergarde und 1 Eskadron Kavallerie. Gegen zehn Uhr setzte sich der Zug, mit dem Stadtrath und Bezirks-Direktorium, Polizei-Behörde &c. an der Spitze, in Bewegung. Die Martinikirche war gedrängt voll von Menschen. Wir schätzen die Zahl auf 3000. Unter Posauenhall wurde das Lied angespielt: „Eine feste Burg ist unser Gott.“ Hierauf hielt Konfessorat Krausdorff eine Predigt, in deren Schluss er unsere Verhältnisse berührte. Damit war die Freiheit zu Ende. Wie gingen dann zur Parade, wo General Bauer wieder feierte. Das General-Auditoriat hat übrigens den Antrag des landständischen Ausschusses wegen Verhaftung Bauer's als ungegründet zurückgewiesen. Der Polizei-Kommissar Müller ist gegen Kautio seiner Haft entlassen. Der Referent im Kriegsministerium, Major v. Wachs, will eben so wenig nach Bockenheim als der General Bauer. Auch er hat sich krank gemeldet und will eventuell lieber seine Entlassung nehmen, wie schon gemeldet. Herr Obermüller ist gestern durch einen Gendarmen nach Kollar, an der hessen-darmstädtischen Grenze, gebracht. Er meinte, der Polizei-Direktor hätte ihm nichts zu sagen. Das hat er aber jetzt geschenkt. An den Wegweiser vor dem Leipziger Thore, welches der Kurfürst bekanntlich vorgesetzt hat, ein Spaziergänger die Worte geschrieben: „Weg nach Bockenheim.“ — Die Regierung soll noch gerade so viel Geld haben, daß sie dem Militär 14 Tage lang den Sold auszahlen kann. Dann ist aber der „alte Heller“ wirklich ausgegeben. (3. f. R.)

(Mittags 12 Uhr.) Zur Erwähnung neuer Ereignisse und von Nachrichten über die Reise des Kurfürsten und seiner Minister beschäftigt man sich heute mit Bespruchung der möglichen Folgen der Entfernung der Staatsregierung. Diese Folgen werden heute in minder trübem Lichte gesehen als gestern. Der Einfluß der Gemahlin des Kurfürsten in Frankfurt wird dem Hrn. Hassenpflug eben so wenig günstig sein, als die Stimmung der Mitglieder des sogenannten engen Rates. Nichts Ungünstigeres hätte dem aus dem Todeschlafe eben wieder erwachenden Bundestag begegnen können, als dieses läppische Attentat Hassenpflugs auf Verfassung und Gesetz, Freiheit und Recht, unter der Regide der früheren Ausnahmegesetze des alten Bundestages. Die Gründe desselben sind verblüffend. Der österreichische Gesandte hier, welcher doch der Rathgeber Hassenpflugs war, hat sich dagegen geäußert, daß viel Verlehrtes geschehen sei, und seine große Verwirrung über die Bevölkerung Kassels und des Landes ausgeschlossen, weil dieselbe so ruhig und unbefangen geblieben sei, als ob sie von einer Bekündigung des Kriegszustandes gar nichts wisse. — Der General Bauer, über welchen die Anklage schwiebt, ist sehr zerkratzt darüber, daß er sich zum Werkzeug Hassenpflugs hat beachten lassen. Man fängt an, ihn zu bedauern, da er sonst ein brave Mann und ein geachteter Krieger ist. Die Eindrücke der letzten Woche haben den 70jährigen Soldaten körperlich und geistig hart mitgenommen. — Die Gehalte der Staatsdiener für die zweite Hälfte dieses Monats werden nicht ausgezahlt werden, da alle verfügbaren Geldmittel der Hauptstaatskasse zu den Ausgaben des Kriegsministeriums verwendet werden müssen. Es ist aber Aussicht da, daß am 1. Okt. die Gehalte alle gezahlt werden könnten. — Die Beamten im Lande, welche zur Vollziehung der verfassungswidrigen Verordnung vom 7. Sept. mitgewirkt haben, werden jetzt bekannt. Es sind deren wenige, und es gehören darunter der Oberbürgermeister Uloth in Marburg, der Bezirksdirektor Föndy in Schmalkalden, der Verwaltungsbaurath in Hanau. — Die Vorbereitungen zu den Wahlen für die Ständerversammlung sind aller Orten bereits im Gange, und es ist zu hoffen, daß binnen wenigen Wochen eine neue Ständerversammlung aus den Wahlen hervorgegangen sein wird. (D. A. Z.)

Auch die „D. P. A. Z.“ bringt aus guter Quelle die Nachricht, daß an in der Umgegend Frankfurts in kurhessischen Kreisstädten stehenden preuß. Truppen der Befehl ergangen ist, dieselben zu verlassen. Sie gibt aber als Motiv dieses Befehls die Verkündigung des „Kriegszustandes“, an und meint: „Da in dem Kurfürstentum Hessen der Kriegszustand inzwischen wieder aufgehoben worden sein soll, dürfen die königl. preußischen Truppen wahrscheinlich in ihren bisherigen Kantoneinheiten verbleiben.“ (D. P. A. Z.)

Frankfurt. 15. September. [Der Plan des Bundes- tages.] Es neigt sich der Ausgang des Attentats in Kurhessen eben dahin, von woher das Ganze kam, nämlich nach Frankfurt. Wie Ihnen neulich schrieb: der ganze Plan gehörte dem Club, genannt Bundestag, an und charakterisiert dessen Wesen. Wie die Kugelgenossenschaft mit äußeren Feinden gegen Deutschlands Integrität zu Gunsten der Integrität einer dänischen Gesammonarchie konspirierte, so sollte im Innern des Vaterlandes der Absolutismus wieder hergestellt werden. Dies der Grundgedanke. Den Kurfürsten schob man vor, den Anfang zu machen; er hat sich indes beim Herausholen der Kastanien die Finger an den Glüh verbrannt. Er wie Hassenpflug erholteten sich während der Umtriebe in Kassel unausgesetzt Rath von hier. Graf Thun und seine Handlanger hatten Beistand zugestellt, und noch gestern galt hier für gewiß, daß österreichische und bayerische Truppen plötzlich einmal ins Kurfürstentum einrücken würden. Die nötigen Vorberei- tungen waren bei dem bayerischen Jäger-Korps in dem Grade getroffen, daß der Kommandeur jeden Augenblick erfolgen konnte. Da änderte sich die Sachlage. Die Flucht des Kurfürsten sollte eine Falle sein; die Hessen aber waren klüger und ließen sich nicht fangen. Nun erst erschreckten die hiesigen Verschworenen. Mit Angst erwarteten sie den weiteren Verlauf. Gestern Abend sollte der Kurfürst hier eintreffen, als er jedoch ausblieb, ließ das böse Gewissen schon von seiner und Hassenpflugs Gefangenschaft u. s. w. reden. Heute war die Sprache noch tiefer herabgestimmt. Es hieß, der Kurfürst werde sein Ministerium entlassen, gegen Mittag säge man hinzu, er selbst wolle abdanken. Aber woher wußte man dies? Ich bitte darauf zu achten. Vormittag langte der Oberstleutnant von Sochenhausen aus Kassel an; er suchte den Kurfürsten und seine Minister wie eine Stecknadel. Sie waren nicht zu finden. Niemand wußte zu sagen, wo sie seien. Herr v. Sochenhausen sollte dem Kurfürsten melden, daß der Generalleutnant v. Bauer erkannt und die angeordnete Verlegung des General-Kommandos nach Bockenheim nicht möglich sei; indessen noch um 1 Uhr erhielt er überall die Antwort, der Kurfürst werde erst erwartet. Von woher? Auch das wußte Niemand zu sagen. Nun aber verlautete gleichzeitig, der Kurfürst und Hassenpflug seien wirklich in der Nacht eingetroffen und hätten sich hier versteckt; und für die Richtigkeit dieser Angaben sprachen eine Mehrzahl von Umständen, wenn auch vor Postschluß genauere Erforschung nicht möglich wird. Es scheint also, daß jetzt in aller Stille mit den Verschworenen von der Sochenhäuser Gasse Rath gepstogen wird und daß wir dimmlich Morgen erst im Stande sein dürften, Resultate zu vernnehmen, die durch obige (Cont. 3.)

[Eine österreichische Interpretation des Bundes- beschlusses vom 7. September 1846.] Wir lesen in der Pos. Bzg. folgenden Artikel: „Die Zeitungen meldeten, daß das Wiener Kabinett die Mithilfe einer Deklaration angekündigt habe, welche zur Erklärung des wahren Sinnes in dem Bundesbeschluß vom 7. September 1846 dienen soll. An der Wahrheit dieser Notiz glauben wir aus guten Gründen nicht zweifeln zu dürfen, und fügen wir zur weiteren Orientierung des Publikums noch Folgendes hinzu: Österreich hat bestimmt das Londoner Protokoll „unter Vorbehalt der Rechte des deutschen Bundes“ unterzeichnet. Wie haben seiner Zeit auf die Lächerlichkeit dieses Vorbehaltes aufmerksam gemacht. Das Londoner Protokoll ist das Ergebnis einer Koalition gegen die Rechte des deutschen Bundes. Wer das Protokoll unterschreibt, tritt dieser Koalition bei. Was soll also der Vorbehalt? Indessen war diese Phrase doch einmal da und ihre eventuelle Deutung hätte den Herren in Wien immerhin noch einige Verlegenheiten bereiten können. Daher ist es nötig, die Rechte Deutschlands so zu akkommoden und zuzusteuern, daß die Unterschrift Österreichs unter dem Londoner Protokoll nicht in Widerspruch mit dem Vorbehalt gerät. In dem Bundesbeschluß vom 7. September 1846 ist die Verbindung Schleswigs mit Holstein, die gemeinsame Verwaltung und Vertretung dieser beiden Länder, wie es seit Jahrhunderten gewesen, garantiert. Gegen diesen Beschluß ist das Londoner Protokoll hauptsächlich gerichtet, und darum wird es uns klar, warum die öster. Regierung uns mit einer Erklärung des wahren Sinnes dieses Beschlusses beglückwünscht. Bei uns und in den Augen jedes Unbefangenen kann natürlich über den wahren Sinn dieses Beschlusses kein Zweifel walten, allein — bei Gott und dem Fürsten Schwartzenberg ist Alles möglich. Nach dem, was wir über den wahrscheinlichen Inhalt der erwähnten Deklaration hören, dürfte sie in ihren Hauptpunkten dahin lauten: daß dem Bunde weder ein Recht zustehe, die Untrennbarkeit Schleswigs von Holstein zu beanspruchen, noch sich irgendwie in die dänische Erbfolge-Frage zu mischen; wohl aber hat der BUND das Recht, und nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht, Holstein der dänischen Krone zu unterwerfen und dessen Besitz dem Könige von Dänemark zu sichern. Der wahre Sinn wäre demnach gerade das Gegen teil des Beschlusses vom 7. September 1846, und wenn wir bedenken, daß der dänische Gesandte v. Pechlin damals für Holstein-Lauenburg Mitglied der Bundesversammlung gewesen, so können wir uns nicht verbauen, daß Österreich dänischer und deutschfeindlicher gesinn ist, als Dänemark selbst. Daß der sogenannte engste Rath der österreichischen Auffassung vollkommen bestimmen, und so, wenn auch indirekt, dem Londoner Protokoll beitreten wird, ist nach seinen Antezedenzen keine Frage. Die Einleitung dazu ist schon getroffen. Anfangs hieß es, um einen Vorwand zum Zusammentritte des weltl. Preußens zu haben, der dänische Friede kann nur von der Bundesversammlung ratifiziert werden. Die Herren vom Buntstage ratifizierten indessen nicht, und Dänemark sah sich gezwungen, die Friedensratifizierung von den einzelnen Regierungen durch Preußen in Empfang zu nehmen, soweit dieselben ratifiziert hatten. Nun wird es uns klar, was man in Frankfurt will. Die Zögerung in Betreff der Ratifikation geschah ohne Zweifel auf Befehl Österreichs. Wie erhalten jetzt den Schlüssel zu diesem diplomatischen Rätsel. Wir hören nämlich aus Frankfurt, daß die am Bundestage vertretenen Regierungen nur mit gewissen Vorbehalten ratifizieren wollen, und diese Vorbehalte besagen wahrscheinlich nichts anderes, als die Vernichtung der in dem preußisch-dänischen Friedensschluß vom 2. Juli gewahnten Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein, indem die hohe Bundesversammlung die österreichische Erklärung des wahren Sinnes des Beschlusses vom 7. September 1846 zum Beschlusse erhebt.“

[München, 12. Septbr.] Das Beobachtungscorps.] Die bayerische Regierung scheint mit dem Aschaffenburg-Corps bereits auf den Rückzug bedacht. Sie soll das Gesuch der kurhessischen Regierung um eventuelle Unterstützung durch ein bayerisches Corps „aus formellen Gründen“ und bis dahin abgelehnt haben, wo von Seiten des dazu kompetenten Bundesorgans eine Aufforderung dazu an sie ergehen würde. Herr Hassenpflug muß sehr schlecht stehen, wenn selbst Herr v. d. Pfordten sich von ihm abwendet. (D. A. Z.)

[Dresden, 16. Septbr.] [Der Kaiser von Österreich.] Wie wir vernnehmen, ist der Kaiser von Österreich, vom seiner Absicht vorhergegangen war, gestern Vormittag in Pillnitz eingetroffen und hat den Prinzen Albert mit einem Besuch buchstäblich übertrafen. Zu der Mittags- in Pillnitz stattgefundenen Tafel wurden die Minister zugezogen. Gegen Abend hat der Kaiser Pillnitz wieder verlassen, um nach Böhmen, zunächst nach Lobositz, zurückzukehren. (D. P. A. Z.)

Neichenbach. 16. Septbr. [Einweihung.] Gestern Vormittag nach 8 Uhr kamen der König, die Staatsminister Bischinsky und Behr, Helmuth v. Ehrenstein und gegen 40 Mitglieder der beiden Ständekammern mit ihren Präsidenten hier an und begaben sich vom Bahnhofe nach der riesigen Eisenbahnbrücke im Göltzschthale, in welcher der Schlüssel des letzten Bogens eingestellt werden sollte. Die Ankommenden wurden dort durch das Beamten- und Arbeiterpersonal empfangen, während ein sehr zahlreiches Publikum von nah und fern herbeigeströmt war, um der Feierlichkeit beizuwohnen. Nachdem der Schlüssel gelegt war, hielt Staatsminister Behr eine längere Rede, nach deren Schlüsse er dem Könige den Hammer der König nach einigen herzlichen Worten, in welchen er allen Arbeitern am großen Werk im Namen des Vaterlandes dankte, das Werk weihte. Nachher sprachen noch der Bahndirektor Schill und der Oberingenieur Wilke, und am Schlüsse wurde ein Vers aus dem Lied „Nun dankt alle Gott“ gesungen. Nach Beendigung der Feierlichkeit nahmen sämliche Thalinselner in einem Zug der Brücke errichteten Seite ein Frühstück ein. Nach 11 Uhr reiste der König nach Bayreuth weiter, die übrigen Gäste mit einem Extrajugen nach Dresden zurück. (D. A. Z.)

Darmstadt, 14. Septbr. [Kammer-Verhandlungen.] In der gestrigen Nachmittags-Sitzung der zweiten Kammer wurde die Frage der Erlaßung einer Antwortadresse auf die Eröffnungrede erörtert. Der Präfekt selbst war der Meinung, daß jetzt noch mehr Gründe dagegen sprächen, als auf dem vorigen Landtag, die Kammer aber habe zu entscheiden. Die Kammer lehnte die Beantwortung ab. Heute entwickelte sich auch in der ersten Kammer eine Vorberatung über die Frage, ob selbst eine Kommission zur Entwerfung einer Dank-Adresse zur Beantwortung der Eröffnungrede zu wählen oder abzuwarten sei, welchen Beschluß in dieser Beziehung die zweite Kammer fassen werde. Die darüber entstandene Erörterung führte zu keiner Abstimmung.

Freiburg, 14. Septbr. [Der Prinz von Preußen.] Gestern Nachmittag, bald nach 5 Uhr, langte mit dem gewöhnlichen Bahnzuge, von Offenburg kommend, Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen in Begleitung des Generals v. Schreckenstein hier an und wurde in seinem Abteilquartier, in der Wohnung des Generals von Webern, von dem versammelten Offizierkorps der Garnison und dem hiesigen Gemeinderat empfangen. Eine große Menschenmenge war sowohl am Bahnhofe, als vor der Wohnung Se. Königl. Hoheit schon lange vorher zusammengekommen und begrüßte ihn bei seiner Ankunft mit lautem Jubel; die Soldaten hatten ihre Kasernen mit Guiterlanden, Fahnen und Transparents geschmückt. Abends war großes Zapfenstreich, heute Morgen große Paradeaufführung, sodann Exerzieren der einzelnen Truppenabtheilungen und zum Schluss ein kleines Manöver, welches gegen Mittag dicht vor den Thoren der Stadt endete. Leider hat sich bei der heutigen Übung ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet, indem der Hauptmann v. Hartmann vom großen Generalstabe und im Gefolge des Prinzen mit seinem Pferde sich überschlug und einen Arm brach.

Wie es heißt, wird Se. Königl. Hoheit morgen noch hier verbleiben und am Montag früh die Reise nach dem Oberlande fortsetzen. (Ref.)

Oldenburg, 15. Septbr. [Reise des Großherzogs.] Morgen wird der Großherzog auf einige Tage von hier abreisen und mit seinem Neffen, dem Prinzen Peter von Oldenburg in Rehme zusammentreffen. Vermutlich wird sich dort auch der vom Bode Ems zurückkehrende Erbherzog einfinden. Daß eine persönliche Besprechung über die dänische Successionsfrage der wesentliche Zweck der Zusammenkunft sein wird, erscheint leicht. Da in dieser Sache von dem Unterzeichner des Londoner Protokolls überall schon offizielle Anfragen oder Auforderungen hiehergegangen sind, davon weiß man hier nichts. Wedrigens geben wir keineswegs die Hoffnung auf, daß die deutsche Gesinnung unseres Fürstenthumes mit einem entzündeten Schritte das rechtswidrige diplomatische Gewebe zerreißen werde, und diese Hoffnung stärkt uns mehr als die Gewissheit, daß die Großmächte auf ein unabdingtes diesseitiges Eingehen in ihre Absichten nicht werden rechnen können.

Schwerin, 16. Septbr. [Verordnung.] Das Regierungsschulblatt bringt eine Verordnung, betreffend die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes vom 10. Oktbr. 1849, und der Verordnung wegen Aufhebung der landständischen Verfassung vom derselben Datum. Diese lautet:

Friedrich Franz, von Gottes Gnaden, Großherzog von Mecklenburg-Strelitz zu Wenden, Schwerin und Rostock, aus Graf zu Schwerin, der Lande Rostock und Stargard Herr u. In Aussicht auf die Berdachte zu reinigen. — Baron Weil wird auch zum Statthalter von Ungarn designiert. Diese Wahl wäre ein glänzender Beweis für religiöse Gleichberechtigung. Baron Weil ist Protestant. Bei den Landtagen von Debreczin war er stets ein Gegner Kosuths und vor den Märztagen gehörte er zum Konservativen. — Der Statthalter von Böhmen erließ eine Kundmachung, welche das Berghohe der Münzscheine verbietet, indem die zertifizierten und zusammengelebten 6- und 10-Kreuzerscheine nicht eingelöst werden können.

* Abgesezt sind: Fürst Gregor Wolkonsky nach St. Petersburg und Se. Excellenz Graf von Falkenstein, Königlich sächsischer Minister, nach Dresden.

Prag, 16. September. [Se. Majestät der Kaiser] ist heute Morgen mit einem Separat-Train von Lobositz aus dem Lager hier angekommen und hielt darauf Revue über die sämische hiesige Garnison, welche in Parade auf den Invalidenplatz ausgerückt war. Nachdem die Truppen am Invalidenplatz und zuletzt in Holeschowice mehrere Evolutionen ausgeführt hatten, defilirten dieselben vor dem Kaiser, welcher hierauf, begleitet von den Erzherzögen Albrecht und Leopold, von der ganzen Generalität und einer großen Suite Offizieren, gegen 10 Uhr in den Bahnhof zurückkehrte. Se. Majestät wurde daselbst von den Civilbediensteten und dem Oberkommandanten der Nationalgarde Böhmens empfangen, und nach ungefähr einem halbstündigen Aufenthalte, während dessen er mit mehreren der anwesenden Notabilitäten sprach, reiste der Kaiser, von einer großen Suite begleitet, mit einem Separat-Train ab. (Konst. Bl.)

Teplitz, 15. September. Der gestrige und heutige Tag waren sehr belebt durch die Durchreise der von Böhmen zurückkehrenden Gäste. Die Zahl der sächsischen Offiziere, höhern und niedern Ranges, soll sich auf vierzig belaufen haben. Dagegen bemerkte man keinen einzigen preußischen Offizier. Von den am sächsischen Hofe accrediteden Gefandten hat bloss der französische einen einzigen preußischen Offizier gesetzt. Gegeben durch Unser Geheimt. Ministerium, Schwerin am 14. September 1850. Friedrich Franz. Gr. v. Bülow. von Schröder.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Nendzburg, 15. September. Die Armee hat ihre alten Stellungen bereits wieder eingenommen; damit ist die Aufführung dieser Rekonvensitzung beendet. Der Verlust beträgt bedeutend mehr als man Anfangs annahm, jedenfalls über 250 bis nahe an 300, darunter 5 Offiziere, wovon einer tot ist, die anderen verwundet. Der Zweck der Operation ist jedenfalls vollständig erreicht. Hatten die Dänen angegriffen, so wäre es allerdings zu einer Schlacht gekommen. Von unserer Seite kennt man jetzt die Stärke und festen Positionen der feindlichen Armee, sowohl auf dem rechten als linken Flügel, und auch im Centrum ist es gelungen, eine möglichst genaue Einsicht von der Stellung zu nehmen, dieselbe ist eine sehr günstige. Im Centrum steht das Hauptkorps, die ganze erste Division, aus drei Brigaden bestehend, unter General de Meza, und dehnt sich im Bivouak zwischen Schleswig und dem großen Dannenwerke aus, welches letztere durch starke Schanzen sehr fest gemacht worden ist, dasselbe ist fast eine Stunde lang. Daran schließt sich in südwestlicher Richtung das kleine Dannenwerk, fast bis zum Dorfe Hellingstedt. Von Hellingstedt läuft der Teeneefluß bis Friedrichstadt, hier ist dasselbe abgedämmt und hat die ganze Linie überschwemmt, teilsweise bis zu einer Breite von ½ Stunde. Diese fortlaufende Verbindung von Hellingstedt bis Friedrichstadt bildet den rechten Flügel, ein Korps von etwa 8000 Mann liegt dahinter in einem Hüttenlager bei Schwabstedt und Nämstedt; einige Brücken sind über die Teenee geschlagen, so daß die Vorposten dieses des Flusses zwischen bis zum Dorfe Süderstapel vorgehen können. Dieser Flügel ist unbedingt der schwächste der ganzen Stellung, denn da das Terrain etwas ausgedehnt, so gibt es Stellen, wo ein Uebergang über den Fluss nicht zu große Schwierigkeiten machen würde, allein es können nicht große Truppenmassen dazu verwendet werden, weil dadurch die Position vor Nendzburg und Friedrichstadt zu sehr durchdröhlt wird. Er erinnerte Salvandy daran, daß er auch zur Zeit der Katastrophe, welche dem Leben des Herzogs von Oldenburg ein Ende gemacht, nicht unterlassen hatte, seinen Schmerzen über das traurige Ereignis öffentlich kundzutun. Er fügte hinzu, daß der Tod Louis Philipp's, wie auch daß der Graf v. Chomitz eine Messe für den Verstorbenen habe lesen lassen. Salvandy riet sofort nach Wiesbaden zurück, und stellte sich dem Grafen mit den Worten vor: „Prinz, ich komme im Namen Frankreichs und aus eigenem Antriebe Ihnen für den Akt der Gerechtigkeit zu danken, den Sie in Rückicht auf den König der Franzosen erfüllt haben.“ Der Graf nahm diese feierliche Erklärung mit vielen Wohlwollen, aber

bessere, und daß er sich glücklich fühle, ihr den Beweis seines ergebensten Sympathie zukommen zu lassen. Herr Salvandy fragte weiter: „Wollen Ew. Hoheit nicht auch ein freundliches Wort für dero Cousins auftragen?“ Der Prinz schien nachzudenken, und antwortete endlich etwas verlegen, da sein Cousin ihm nichts haben sagen lassen, so habe er seinesseits ihnen ebenfalls nichts zu sagen, daß er aber überzeugt sei, daß keiner von ihnen an den Gefühlen der Jungeleung zweifele, die er für sämtliche Mitglieder des Hauses Orleans empfinde. — Hr. Salvandy reiste ab, und traf in Dover mit Guizot, Durcal et Montebello zusammen. Er kündigte ihnen an, daß er das Glück Frankreichs nach Claremont bringe.

Die Aufnahme in Claremont war thäglich. Der Schrift des Grafen von Chambord war indes edel genug, daß die Familie Orleans nicht gleichgültig bleiben durfte. Die Familie trat zusammen und es wurde beschlossen, dem Grafen Chambord eine offizielle Notification von dem Tode des Königs¹ zukommen zu lassen. Hr. Salvandy erhielt den Auftrag, diese Notification nach Frohsdorf zu überbringen. — Dies ist die Wahrheit über die Annäherung, welche in der letzten Zeit zwischen den beiden Familien stattgefunden haben soll. Nichts mehr und nichts weniger.

In wenigen Tagen (am 20.) tritt das Gesetz in Kraft, wodurch die Unterschrift jedes Autors eines Zeitungsartikels verlangt. Wie man aber hört, haben sich sämtliche Redaktionen geeinigt, dem Gesetz keine Folge zu geben, sondern sich lieber den Strafen zu unterwerfen.

Der französische Konsul in Fernambuc (Brasilien) soll, in Folge von Differenzen mit dem brasilianischen Gouvernement seine Fahne eingezogen und die dortigen Franzosen unter englischen Schutz gestellt haben.

Italien.

* Rom, 9. Septbr. Nach einer Korrespondenz des in römischen Angelegenheiten wohlverwandten Messagiermodenose wäre der Mörder des Grafen v. Rossi bereits durch die Polizei ermittelt und zur Haft gebracht; auch liege ein umfassendes Geständnis schon vor; doch walteten noch Gründe ob, welche die Namnung des Namens verbieten.

* Florenz, 12. Septbr. Der Wiener Lloyd brachte vor einiger Zeit eine Korrespondenz aus Paris, worin gemeldet ward, Lord Palmerston habe seine ursprünglich gestellten Entschädigungsfordernisse bis auf die unbedeutende Summe von 1000 Pfund Sterling ermäßigt und die toskanische Regierung habe um dem Vorbehalt ihres Rechts und um dem ärgestlichen Streite end. S. ein Ziel zu setzen, in die Zahlung der ermäßigten Summe gehet. Der „Confédérat Constitutionnel“, ein halb offizielles Blatt, widerpricht dieser Angabe in entschiedener Weise, und solcherseit darf die toskanisch-brüttische Differenz noch immer nicht als beigelegt angesehen sein.

* Parma, 6. Septbr. Auf das Kontingent des Jahres 1851 hin sollen 400 Mann Conscribire einberufen werden. Inmitten des hiesigen Kastells soll ein hoher, für Geschütztragbarer und die Stadt weithin beherrschender Thurm errichtet werden.

Griechenland.

* Athen, 10. Sept. Seit meinem letzten Berichte führt man mit Strenge fort, die Inquisition gegen den Mörder des Ministers Korfotaki zu führen, und man hofft jetzt mit Zuversicht die wahren Ueberheber dieses Grauselns zu entdecken. — Am 8. warf im Hafen von Patras der Kl. Dampfer „Vulkan“ die Anker; am Bord befinden sich Thee k. Höhöten der Herren Erzheröge mit Gefolge. Am 9. sollten die hohen Gäste ihrer Reise durch das Land nach Volos, Korinth und Nauplia machen, wo sie der „Vulkan“ erwarten wird, auf welchem sie sich am 12. wieder einschiffen werden, um die Alterthümer dieser Stadt zu besichtigen.

Provinzial - Zeitung.

S Breslau, 17. September. [2. Schwurgerichts-Sitzung.] (Schluß.) Dritter Unterredungsfall: wider den Tagearbeiter Johann Wilhelm Hübler zu Herdau wegen verüchterten Raubes.

Am 17. Dezbr. v. J. Abends gegen 8 Uhr fuhr der Kreisbeamter Philipp mit seinem Kutscher Burgund auf der Landstraße von hier nach Groß-Bischöflich. Kurz vor diesem Dorfe fiel ein Schuß und bald darauf ein zweiter, welcher den Philipp nur leicht streifte, den Kutscher aber so erschütterte, daß er einige Augenblicke das Gehör verlor. Die Angerührten bemerkten unweit der Landstraße 6 bis 8 Männer nach derselben Richtung zugehen, in welcher ihr Wagen fuhr. In Groß-Bischöflich veranlaßte Philipp den dafagigen Richtersmann und dessen Begleiter, die sich im Gasthof befanden, den verdächtigen Männern aufzulauern. Als diese herankamen, weigerten sie sich auf Geblis des Richtersmannes stehen zu bleiben. Der Angerlagte, wider der Spise der Truppe ging, rief den Leuten zu: „Immer dormirats, wir haben mit diesen Leuten nichts zu schaffen.“ Hübler wurde festgehalten; seine Genossen entkamen. Bei seiner Festnahme entledigte sich der Angerlagte geladenen Terzerols, eines Dietrichs, Böbers, Feuerzeugs, anderer Kupferbüchsen und eines Buchstoches. Diese Gegenstände wurden später aufgefunden, deren früherer Besitz aber von dem Angerlagten bis auf den des Bohrs und Badeschotes in Abrede gestellt. Die Anklage hält eine vollständige Diebesausübung für einen hinreichenden Beweis, daß Hübler der Thüterschaft dringend verdächtig sei.

Der Angerlagte, 3 Mal wegen Diebstahls in Untersuchung gewesen, erklärt sich für „nicht schuldig“. Den Besitz der oben genannten Gegenstände habe er in der Voruntersuchung aus Furcht gelegnet, weil er ein vielfach bestrafter Mensch sei; jetzt gebe er denselben zu, doch müsse er jede Gemeinschaft mit seinen damaligen Begleitern, mit denen er zufällig auf den Straßen nach Groß-Bischöflich zusammengetroffen, so wie jede Beobachtung an dem vorliegenden Verbrechen entdeckt, in Abrede stellen. Die Schüsse habe einer seiner Begleiter abgefeuert, den er deshalb zu Rede stellte, worauf jener erwiderte, es sei nur Spaß gemacht. Das Terzerol will er erst kurz vorher von einem ihm unbekannten Manne in Breslau gekauft haben, um es mit Borthil wieder zu verkaufen.

Durch das Gericht von etwa 7 Belastungszeugen wird der Gang der Sache, wie er der Angerlagte zu Grunde liegt, lediglich bestätigt; doch geht aus der Beweisaufnahme hervor, daß die Waffe, aus welcher die mehrere ähnlichen Schüsse abgefeuert wurden, von starker Kaliber gewesen sein müsse, die welche Angerlagte bei sich führte.

Straatsanwalts-Substitut-Professor Schröder hält den Angerlagten für schuldig zu erachten. Der Vertheidiger und beantworte denselben für schuldig zu erachten. Der Vertheidiger begrüßt sich die schwache Seite der Anklage anzusehen. Der Befehlstand begnügt sich die schwache Seite der Anklage anzusehen. Wenn man denselben aber auch als erweisen annehme, durchaus nicht dargeboten. Dieselbe sei vielmehr dadurch widerlegt, daß meine Pistole nicht als diejenige Waffe, die dem Angerlagten die Domänenfeste Philipp und Burgund das dem Angerlagten abgenommenen im intimiten Schlaf gefallen konnten, aus welcher den Geschworenen nicht folgen dürften.

Der Angerlagte schlägt, um 17. Degbr. 1849 auf öffentlicher Straße einen gewaltigen Angriff auf den Kreisbeamter Philipp und dessen Kutscher vor, daß er nicht die Absicht habe, ohne daß es wahr zu sein Recht habe, seines Gewissens, bewegliche Sachen, aufzunehmen will in Besitz zu nehmen?“ Wörtlich oder Ge-

Der Spruch der Geschworenen lautet mit 6 gegen 6 Stimmen Nein, der Angerlagte ist nicht schuldig. Demgemäß erfolgt auch die richterliche Freisprechung.

S Breslau, 18. September. [3. Schwurgerichts-Sitzung.] Staatsanwalts-Substitut-Professor Wenzel. Vertheidiger: Rechtsanw. Platner.

Erste Unterredung: wider den Tagearbeiter Ernst Appel aus Breslau, wegen zweiten gewaltigen und zugleich dritten Diebstahls.

Am Nacht vom 27. zum 28. Oktober v. J. wurden aus dem Gartenhaus, Hofe und Wohnhaus des ehern. Polizei-Inspectors Bartsch nach gewaltiger Überzeugung der Gartenthür mehrere Gegenstände entwendet.

Am andern Morgen wurde Angerlagte im Besitz des gestohlenen Gutes angefunden. Er mache einen Fluchtversuch, nachdem er die entwendeten Sachen von sich geworfen hatte; doch wurde er bald dar-

auf eingeholt und verhaftet. Imklipat behauptet, er sei unschuldig und nur durch eine Verwechslung mit dem wahren Dieb in Haft gerathen. Die Zeugen Bögel und Engel, welche bei seiner Entfernung thätig waren, reconstruierten ihn mit Bestimmtheit als denjenigen Mann, welcher die gestohlenen Sachen bei sich geführt und erst bei seinem Fluchtversuch abgeworfen habe.

Die Geschworenen erklären den Angerlagten für schuldig; doch sei der Umstand nicht erwiesen, daß die Entwendung der Sachen aus dem Wohnhause des re. Bartsch durch gewaltsame Eröffnung des Schranken geschah.

Zwischen der Staatsanwaltschaft und Vertheidigung entsteht der Rechtsstreit, ob das vorliegende Verbrechen als gewaltamer Diebstahl in bewohnten oder unbewohnten Gebäuden angesehen sei. Der Staatsanwalt beantragt wegen zweiten gewaltigen und zugleich dritten Diebstahls in bewohnten Gebäuden 12 Jahre Zuchthaus, Berust der Nationalgarde, Detention bis zum Nachweise der Besserung und 12 Jahre Polizei-Aufsicht.

Der Vertheidiger maßt dagegen geltend, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Die Staatsanwaltschaft repliziert hierauf, daß nach dem Ausspruche der Geschworenen nur ein gewaltamer Diebstahl in unbewohnten Ge- bäuden vorliege, da die gewaltsame Eröffnung der Gartenthür nur ein destruktives Verbrechen hier annehmen lasse.

Inserate.

27 Preise ausgesetzt mit einer Summe von 141 Rthlr., wovon z. B. der beste Wirtschaftswagen mit 18 Rthlr., die beste Sägemühle mit 10 Rthlr., das beste Stück Haushaltswagen in Webers Hand mit 10 Rthlr., der bestgeeignete Flachs in den letzten Bereiters Hand mit 8 Rthlr. prämiert wird. Die zur Schau aufgestellten Gerätschaften werden ohne Anstich gemischt. Durch Ankauf eines Aktien-Scheines à 15 Sgr. erhält der Inhaber das Recht des freien Eintritts in den geschlossenen Raum (für Nichtinhaber der Eintrittspreis 5 Sgr.), so wie zu einem Gewinn bei der Verlosung zt. Von der Verkaufssumme der Aktien-Scheine soll nach Abzug der Kosten circa 90 p. c. zum Ankauf an den Verlosungsgegenstände und 10 p. c. auf Prämien verwendet werden. Dem Verein dieses landwirtschaftlichen Schaufestes ist es noch möglich geworden, nachstehende Wettkämpfe zu veranstalten:

- 1) Offizier-Rennen um einen Ehrenpreis des Vereins und der Gewinn-Gläscher;
- 2) Wettkämpfe im Trab um die silberne Vereins-Medaille und der Gewinn-Gläscher;
- 3) Rennen für Pferde jeden Alters und Landes um den Vereins-Ehrenpreis und der Gewinn-Gläscher;
- 4) Wettfahren, die Pferde vom Besitzer selent, um die silberne Vereins-Medaille;
- 5) Rennen von Landpferden, wofür der Verein nach Umständen Preise von 50, 30 und 20 Rthlr. bestimmt.

Weitere Anmeldungen werden im königl. Landrats-Amte zu Glogau entgegen genommen.

IV. Gr. Glogau, 17. Sept. [Gewerberath.] Der Konstituierung eines Gewerberathes für diesen Ort haben sich bisher immer noch einige Differenzen entgegengestellt, die um so weniger ihre Elebigung in der am 20. Sept. v. M. anberaumten Konferenz finden konnten, als zu dieser so wenig Interessenten erschienen waren, daß dieser Termin ganz fruchtlos aussel. Von Seiten des Magistrats ist nun für den 1. Okt. eine übermalige Konferenz ausgeschrieben, zu welcher die Herren Kaufleute eingeladen sind, um wo möglich die Differenzen-Punkte zu beilegen, so wie sich über die Vorstöße zu einigen, bei welcher Abteilung der Rathskanzl seine Vertretung finden und aus wie vielen Mitgliedern die Handels-Abteilung bestehen soll. Wir zweifeln bescheiden daran, daß man auch bei dieser nächsten Konferenz der endlichen Erledigung der Sache viel näher kommen werde.

Berlin, 17. Septbr. In den schlesischen Grenzkreisen erhalten wir noch immer das Gericht, die österreichische Regierung beabsichtigt, den Einfuhrzoll auf Leinenwaren zu verdoppeln. Die Bestätigung dieses Gerüsts würde zugleich einen kleinen praktischen Kommentar zu dem österreichischen Zollneigung-Projekt liefern.

Von den Tuchmachern des Regierungs-Breichs Bromberg wurden während des Juli und August 768 Stück Lüche und 116 Stück Rose gefertigt. Den Kanal bei Bromberg passierten binnen derselben Zeit 857 Kähne, darunter 650 beladene, und 589,628 □ Fuß hohes (C. C.)

Theater-Nachricht. Donnerstag den 19. September bleibt die Bühne, der Vorbereitung zu der Oper „Der Prophet“ von Meyerbeer wegen geschlossen.

Freitag den 20. September, Sonnabend den 21. September, Dienstag den 24. September

finden die drei ersten Vorstellungen der Oper:

„Der Prophet“ von Meyerbeer bei aufgehobenem Abonnement statt.

Die Preise, welche bei dieser Oper, der großen Ausstattungs- und jedesmaligen, sehr bedeutsamen Abend-Kosten wegen, fortlaufend erhöht werden müssen, sind:

Ein Platz im ersten Rang, Balkon, Parkett-Logen oder Säulen 1 Rthlr.

Ein Platz im zweiten Rang oder Parterre:

Säulen 2½ Sgr.

Ein Platz im Parterre 1½ Sgr.

Ein Platz in den Galerien-Logen 10 Sgr.

Bekanntungen zu Billlets für diese drei Vorstufen

lungen werden im Theater-Bureau angenommen.

Bonds à 2 Rthlr. im Werthe von 3 Rthlr. für das 4. Theater-Abonnement auf 70 Vorstellungen, in den Monaten Oktober, November, Dezember, sind bis zum 1. Oktober (falls die festgesetzte Zahl nicht früher verschritten sein sollte) im Theater-Bureau zu haben.

Stadt besondere Meldung.
Als Verlobte empfehlen sich:
Bertha Brühl,
Magnus Czapski,
Reissé.
Breslau.

Todes-Anzeige.
Am 14. d. Mts. starb unter geliebter Mutter, Schwieger- und Großmutter, der Arrendator Abraham Lustig aus Adamowic, im 70. Jahre seines Lebens an Unterleibsschwindfuch, was wie Verwandten und Freunden hiermit ergebenst angezeigt.

Katowice, den 17. September 1850.

Die hinterbliebenen,

Heute Morgen um halb 1 Uhr entschlief in dem Alter von 12 Jahren 9 Monaten, am Schlauchfeuer, unsre innigstegeile einzige Tochter Adelheid. Dieses zeigen wir Bekannten, Freunden und Verwandten, um still Theilnahme bitten, hierdurch erachtet an.

Hainau, den 17. September 1850.

Ferdinand Niedtig.

Caroline Niedtig, geb. Williger.

Die General-Versammlung

der Mitglieder des Vereins der Kommissionäre findet heute Donnerstag den 19. Septbr. Abends 7 Uhr, im Sohle des Tempelgartens statt. Neue bestreitende Mitglieder haben sich durch Vorzeugung des Gesellschafts zu legitimieren.

Der Vorstand.

Herzliche Grüße
an Freunde Parteiheit in Prausitz (Gnasden-Arie); thiebt in Schimmerau, S. in P. und an alle übrigen Bekannten vom immer fidesen Gustav (Vito).

Meine Wohnung ist jetzt Kekberg Nr. 10.
G. A. Brenkel.

Heiraths-Gesuch.

Ein Mann von 30 Jahren, Besitzer eines weder der Mode, noch der Konfurrenz unterworfenen, gut rentablen Geschäftes in einer kleinen Stadt, sucht aus Mangel an Domänenfamiliestadt auf diesem Wege eine Lebensgefährtin.

Damen, welche eine ruhige Ehe wünschen und im Besitz eines disponiblen Vermögens von 8 bis 8000 Rthlr., sind, welche leichtere sofort hypothetisch sicher angelegt werden würden, werden erachtet. Briefe unter der Adresse A. F. 555 postea restans Breslau franco, niedergeschlagen. Die strenge Verschwiegenheit wird auf Thewort versichert.

Avis.

2 Rellende für rheinländische Häuser, 1 Comp. im Mede. und Schnittgeschäft für dier, 1 Comp. für ein Tigarren-Geschäft, 1 Lederz. für einen kleinen resp. Herrengarderobe-Geschäft, mit guten Schulkenntnissen ausgestattet, von auswärts, können zu Michaelis d. J. vorbei bestellt werden durch Alexander, Nikolaistraße 45.

Eine anständige Pension für 1 oder 2 Knaben weist nach Goldarbeiter Herr Hausmann, Niemerzelle Nr. 17.

Ein anständige Pension für 1 oder 2 Knaben weist nach Goldarbeiter Herr Hausmann, Niemerzelle Nr. 17.

Südwest.

Der Verein zur Erziehung hilfloser Kinder hat nicht vergleichbar die Theilnahme der wackeren Bewohner Breslau's für sein wohltätigtes Wirken angerufen. Edle Frauen und Jungfrauen haben ihm ihre Mitwirkung verheißen, und schon sind, durch ihren Einfluß vorzüglich, neue Beiträge in bedeutender Zahl ihm zugeschickt worden, mittelst deren er vom Oktober d. J. an einer viel größeren Anzahl verwahrloster Kinder als früher seine erzielbare Sorgfalt wieder angedeihen lassen kann. Dazu bedarf er jedoch einer Organisirung, wie sie bereits in dem Aufsatz vom 13. Mai angekündigt und inzwischen provisorisch ins Werk gesetzt worden ist. Um diese vorläufige Organisirung zu einer statutenmäßigen zu erheben, ist eine Abänderung des bisherigen Statut nötig. Nachdem die dazu erforderlichen Vorarbeiten und Verhandlungen zum größten Theil beendet sind, laden wie statutenmäßig sämliche Mitglieder des Vereins zu einer General-Versammlung Behufs Beratung und Beschlußnahme über das neue Statut auf Sonntag den 22. September Vormittag 11 Uhr in den Prüfungssaal des Elisabet-Gymnasiums mit dem Bemühen ergebnis ein, daß gedruckte Exemplare des vorzulegenden Entwurfs für die Vereins-Mitglieder bei jedem der Unterzeichneten zu entnehmen sind.

Breslau, den 18. September 1850.

Der Vorstand
des Vereins zur Erziehung hilfloser Kinder.

Scharff, Stadtrath, C. Krause, Probst, Baute, Seminar-Direktor, Laßwitz, Kaufmann Simon, Kassen-Direktor, Tieke, Kaufmann, Loewe, Rechtsanwalt, Zwinger, Stadtrath, Wolter, Dresler-Meister, Speyer, Kaufmann, Dr. Rhode, Divisions-Prediger, Piesch, Bureau-Postlehrer, Dr. Leyh, praktischer Arzt.

Kaufmännischer Verein.

General-Versammlung im Café restaurant, Donnerstag den 19. September, Abends 7½ Uhr.

Tagesordnung: 1) Bericht über die Lehrschule und deren Beginn. 2) Schließung der Lokale betreffend.

Bei Beginn des neuen Quartals erlauben wir uns, unsern

Journal- und Bücher-Lesezirkel

in Erinnerung zu bringen. Wir halten in ersterem 130 beliebte Zeitschriften, sowohl wissenschaftlichen, wie belletristischen Inhalts, und lassen dem Leser gegen sehr billige Gebühren vollkommen frei Wahl aus allen Jähern. Die näheren Bedingungen enthalten der Prospektus, welcher zu jeder Zeit gratis verabfolgt wird.

Buchhandlung von Aug. Schulz u. Comp.
Aubusserstraße 10, an der Magdalenenkirche.

Unser Geschäfts-Lokal in Leipzig befindet sich
Brühl Nr. 74. Marx u. Weigert.

Schul- und Pensions-Anzeige.

Für den zu Michaelis beginnenden Winterkursus können noch Schülerinnen in meine Schule, so wie in die Pensionsanstalt aufgenommen werden. Für tüchtige Lehrkräfte zu sorgen habe ich mir angelegen sein lassen.

Miss Mary Basden,
Vorsteherin der ehemaligen Laßwitz'schen Schul- u. Pensions-Anstalt, Albrechtsstraße 11.

Anzeige. Den verehrten Mitgliedern des Sterbekassen-Vereins der Justiz-Branche die ergebene Anzeige, daß im Monat Juli d. J. das Mitglied Fiedler gestorben ist, demzufolge die statutenmäßigen Beiträge, auf die gewöhnliche Weise, baldig einzustellen sein werden.

Breslau, den 18. September 1850.

Das Direktorium.

Hermann Littauer's Lager
Nikolaistraße 15 (dicht an den drei Königen).

Karriste Kapitolaines in bester Qualität und in den neuesten Mustern empfing die erste Sendung und öffnete preiswürdig zur geneigten Abnahme:

Die neue Modewarenhandlung von
G. Gräffner,
Nina Nr. 60, Ecke der Oderstraße.

Den resp. Marktführer, welche den Grünberger Jahrmarkt am 30. September besuchen, hiermit zur gefälligen Kenntnisnahme, daß zur größtmöglichen Verbreitung von öffentlichen Anzeigen das dafelbst erscheinende "Grünberger Kreis- und Intelligenz-Blatt" zur Benutzung empfohlen wird.

Chemiker Aubert's
haarerzeugendes grünes Kräuter-Oel

als das von allen derartigen angepriesenen einzige und allein wahrhaft wirksame und zweckmäßige und als solches überall anerkannte Mittel, sowohl auf gänzlich kahlen Stellen des Kopfes Haare zu erzeugen, als auch das Ergrauen und Ausfallen zu hindern. — Preis à Flacon 25 Sgr.

Piver u. Comp.

Gestrickte wollene Kinderstrümpfe,
in allen Größen und Farben empfiehlt zu billigen Preisen:

Herrmann Littauer,
Nikolaistraße 15, dicht an den 3 Königen.

Lokal-Veränderung. Von heut ab befindet sich meine

Damenpulz-Handlung Ring Nr. 46, erste Etage, (Marktseite im Hause des Herrn Kaufmann Soms), welches ich hierdurch meinen geehrten Geschäftsfreunden eröffnete.

Thalia Beller.

Grünberger Weintrauben.

Hiermit erlaubt ich mir ergebenst anzugezeigen, daß ich von heut ab wiederum Bestellungen auf Weintrauben annehme, da ich mir bereits durch mehrjährige Verbindungen die Zuverlässigkeit eines

wiederholter Sicherheit erlangt habe. Diese bestehen seit 1850, welche ich postfest eingewandert.

Gustav Pilz, Böttcher-Meister und Weinberg-Beförderer.

Emmenthaler Schweizer- und Kräuter-Käse,
Sahn-Käse, Limburger- u. holländischer Käse,

offerte von neuen Sendungen in sehr schöner Qualität:

Karl Strafa,
Albrechtsstraße 39, der königlichen Bank gegenüber.

Substaats-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des hier Nr. 15 in der Bischofsstraße und Nr. 2 Predigerstraße belegenen, auf 10,500 Rthlr. 27. Sept. 3 Pf. geschätzten Hauses, befußt Auseinandersetzung der Eigentümer, haben wir einen Termin auf den 20. Februar 1851,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtrath-Rath Fritsch

in unserem Parteizimmer anberaumt.

Zere und Hypotheken-Schein können in der Substaats-Bekanntmachung eingesehen werden.

Zu diesem Termin werden auch die unbekannten Realpräidenten zur Bemerkung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 30. Juli 1850.

Königl. Stadts-Rath. Abtheilung I.

Substaats-Bekanntmachung.

Zum notwendigen Verkaufe des hier Nr. 16

in der Bischofsstraße und Nr. 2 Predigerstraße belegenen, auf 10,500 Rthlr. 27. Sept. 3 Pf. geschätzten Hauses, befußt Auseinandersetzung der Eigentümer, haben wir einen Termin auf den 20. Februar 1851,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtrath-Rath Fritsch

in unserem Parteizimmer anberaumt.

Zere und Hypotheken-Schein können in der Substaats-Bekanntmachung eingesehen werden.

Zu diesem Termin werden auch die unbekannten Realpräidenten zur Bemerkung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 16. Juli 1850.

Königl. Stadts-Rath. Abtheilung I.

Steckbrief.

Zum rothwendigen Verkaufe des hier Nr. 6

der Matthias-Straße belegenen, dem Gerber-Johann Traugott Julius Kutta gehörigen, auf 6687 Rthlr. 24 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin auf den 20. Februar 1851,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtrath-Rath Fritsch

in unserem Parteizimmer anberaumt.

Zere und Hypotheken-Schein können in der Substaats-Bekanntmachung eingesehen werden.

Zu diesem Termin werden auch die unbekannten Realpräidenten zur Bemerkung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 16. Juli 1850.

Königl. Stadts-Rath. Abtheilung I.